

Max Otte

## Dominanz der Finanzoligarchie, Schwäche der Ordnungspolitik und Förderung des spekulativen Sektors

„Ein stabiler Finanzmarkt ist ein öffentliches Gut“ unterstrich der damalige Finanzminister Steinbrück in einer viel beachteten Rede vom 15. Oktober 2008 in der heißen Phase der Finanzmarktkrise.<sup>1</sup> Angela Merkel bekräftigte, dass „kein Produkt, keine Region und kein Akteur“ unreguliert bleiben sollten.<sup>2</sup> Auf dem G-20-Gipfel vom November 2008 wurde diese Forderung bekräftigt. Hannes Rehm, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der NordLB und des Bankenrettungsfonds Soffin forderte, dass das Bankwesen der Realwirtschaft zu dienen habe.<sup>3</sup> Am 24. Juni 2010 wiederholte die Bundeskanzlerin vor dem Beginn des G-20-Gipfels in Toronto diese Forderung – ein Hinweis darauf, dass die Fortschritte in den dazwischen liegenden gut eineinhalb Jahren unbefriedigend waren.

Im Jahr fünf der Finanzmarktkrise sind die Forderungen, die beim Ausbruch der Krise erhoben wurden, weitgehend Makulatur. In weiten Bereichen ist die Dominanz der großen Finanzmarktakteure ungebrochen, die Regulierung extrem lückenhaft, die Bändigung der Spekulation nicht gelungen. Von einer stabilen, der Realwirtschaft dienenden Finanzwirtschaft sind wir weiter entfernt denn je zuvor.

Ursache dieses Regulierungsversagens ist die unangetastete Dominanz der Finanzmarktoligarchie, eines Machtgeflechts mit Investmentbanken im Zentrum, angeschlossenen und abhängigen weiteren Finanzinstitutionen, Lobbyisten und willfähigen Politikern, die vom langjährigen amerikanischen Verfassungsrichter und Präsidentenberater Louis Brandeis im Jahr 1912 erstmals identifiziert wurde.<sup>4</sup> In den früheren Ausgaben seines

Standardwerks zur Finanzmarktkrise widmet der Erfurter Finanzsoziologe Helge Peukert ein Kapitel der „Kaperung der Politik“ durch die Finanzbranche, ein Begriff, der vom ehemaligen IWF-Chefvolkswirt Simon Johnson geprägt wurde.<sup>5</sup> Diese Kaperung hat nur ein Ziel: die Realwirtschaft der Spekulationswirtschaft zu unterwerfen und die leistungsfreien Einkommen der Finanzkaste zu erhalten und zu steigern. Die Methoden reichen von subtil bis brachial. Wenn zum Beispiel der ehemalige Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank nach seinem Ausscheiden dort bei Goldman Sachs anheuert und dann später die Finanzmarktregulierungskommission des Bundes leitete, dann hat das schon ein Geschmäcke. In Washington kommen vier Finanzmarktlobbyisten auf einen Abgeordneten, in Brüssel beschäftigen sich mehr als 60 Lobbyorganisationen mit der Durchsetzung der Interessen der Finanzmarktakteure. Im Sommer 2010 erscholl in diesem Zusammenhang ein Hilferuf der EU-Abgeordneten in Brüssel, dass man von Finanzlobbyisten überrollt werde.<sup>6</sup>

Auch Begriffsverwirrung Orwell'schen Ausmaßes gehört zur Taktik der Finanzlobby. Anlässlich der Debatte um die Finanztransaktionssteuer, die jede Finanztransaktion und somit jede Aktivität besteuern würde, scheute sich die Lobby nicht, eine sogenannte „Finanzaktivitätssteuer“ in die Debatte einzuführen, die eben nicht die Aktivitäten, sondern nur das Ergebnis dieser Aktivitäten besteuert und damit den Handel selber ungebremst weiterlaufen lässt. Auch bekannte Ökonomen wie Beatrice Weder di Mauro haben sich dafür ausgesprochen.<sup>7</sup>

### Prinzipien einer stabilen Finanzmarktordnung

Sony Kapoor, ein ehemaliger Banker, der die Investmentbank Lehman Brothers bereits lange vor der Krise verließ, um sich mit der Reform des globalen Finanzwesens zu beschäftigen, fasst die Prinzipien zur Gestaltung eines Bankensystems wie folgt zusammen: Fairness, Stabilität

- 1 P. Steinbrück zitiert nach Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Finanzmarkt ist ein öffentliches Gut. Peer Steinbrück im Bundestag zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz, 15.10.2008, online unter: [http://www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_69116/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Finanz\\_\\_und\\_\\_Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/124\\_\\_oeffentliche\\_\\_Finanzmaerkte.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_69116/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Finanz__und__Wirtschaftspolitik/Finanzpolitik/124__oeffentliche__Finanzmaerkte.html), 4.8.2010, siehe auch <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/16/16182.pdf>.
- 2 Siehe: Aktionsplan gegen Finanzkrise, in: Tagesschau, 15.11.2008, online unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltfinanzgipfel118.html>, 4.8.2010, auch <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/890128/>
- 3 H. Rehm: Das deutsche Bankwesen – Befund – Probleme – Perspektiven, Teile I+II, in: Kredit und Kapital, 41. Jg. (2008), S. 135-159 (Nr. 1) und S. 305-331 (Nr. 2).
- 4 L. D. Brandeis: Other Peoples' Money and How Bankers Use It, 1912, online unter: <http://www.law.louisville.edu/library/collections/brandeis/node/191>, dt. (Hrsg. Max Otte): Das Geld der anderen – und wie die Banker uns ausnehmen, München 2012.

- 5 Helge Peukert: Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise – Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung, 2. korrigierte und erweiterte Auflage, Marburg 2011.
- 6 Finanzregulierung: EU-Abgeordnete warnen vor Macht der Banken-Lobby, in: Die Zeit, 21.6.2010, online unter: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-06/banken-lobby-eu-trichet>
- 7 Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, Protokoll 17/14 vom 17.5.2010, online unter: [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoerungen/2010/014/014-17\\_05\\_10\\_-\\_A\\_Finanztransaktionssteuer.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoerungen/2010/014/014-17_05_10_-_A_Finanztransaktionssteuer.pdf)

und Nachhaltigkeit, Haftung, Transparenz, Wettbewerb, Diversität sowie Einfachheit.<sup>8</sup> Hätte man diese Prinzipien konsequent umgesetzt, wäre es nicht zur Finanzkrise in ihrer jetzigen Form und ihrem jetzigen Ausmaß gekommen. Gerechtigkeit und Fairness würden zum Beispiel bedeuten, dass Finanzmarktakteure nicht mehr die Gewinne ihrer spekulativen Aktivitäten einstecken und die Verluste der Öffentlichkeit aufbürden können. Kosten und Risiken werden von den Verursachern getragen. Stabilität und Nachhaltigkeit würden unter anderem eine entsprechende Eigenkapitalausstattung und sehr strenge Regeln für Produkte, deren Kosten erst in der Zukunft anfallen, bzw. deren Risiken nicht klar erkennbar sind, enthalten.

- *Beispiel Einfachheit:* Gelegentlich ist das Argument zu hören, dass es in kaum einem Sektor so viele Regulierungen gebe, wie im Bankensektor.<sup>9</sup> Das Argument geht an der Sache vorbei: Die jetzigen Regeln sind komplex, intransparent und oftmals wachswendig. Sie begünstigen tendenziell die großen Akteure und die Spekulation. Gute Regeln sind einfach und transparent und setzen „harte“ Grenzen für bestimmte Geschäfte und Aktivitäten. Sie jetzt einzuführen, würde sicher bedeuten, das hypertrophe Finanzsystem wieder auf eine gesunde Größe zusammenzuschrumpfen. Dazu würden im Prinzip drei Regelwerke ausreichen: 1. transparente und ausreichende Eigenkapitalausstattung, 2. die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, 3. eine Regulierung der Geschäftsmodelle und der Regionen, in denen eine Bank tätig ist und 4. einige Regeln für Produkte (z.B. eine starke Einschränkung der Verwendung von Derivaten bei Privatanlegern).
- *Beispiel Nachhaltigkeit und Haftung:* sinnvolle und höhere Eigenkapitalausstattungen für Banken und alle anderen Finanzmarktakteure (Hedgofonds, Private Equity, Versicherungen), sind die Grundlage dafür, den derzeit praktizierten Raubtierkapitalismus der Finanzoligarchie wieder in marktwirtschaftliche Strukturen zu überführen. Dann müssten die spekulativ orientierten Akteure im Falle von Verlusten einen größeren Anteil des Schadens tragen, denn Eigenkapital ist haftendes Kapital. Eigenkapital ist der Schlüssel zu allem.<sup>10</sup> Es muss für alle Finanzmarktakteure gewisse Mindestausstattungen an Eigenkapital geben. Aus meiner Sicht wären 7% bis 8% festes Eigenkapital (nicht

Kernkapital nach Basel II) angemessen. Es geht also um eine feste „Leverage-Ratio“, bzw. einen maximalen Verschuldungsgrad. Akteure wie die Deutsche Bank könnten dann nicht mehr mit 1,8% echtem Eigenkapital ihr Geschäft betreiben und müssten ihr Eigenkapital aufstocken.

„Kernkapital“ nach Basel II ist eine vage und manipulierbare Größe. Die Vermögensgegenstände in der Bilanz – also das, wohinein die Bank investiert – sollen je nach Risiko mit unterschiedlich viel Eigenmitteln hinterlegt werden. Zunächst einmal klingt dies gut. Letztlich hat es aber flächendeckend zu einer massiven Aushöhlung des Eigenkapitals bei Finanzmarktakteuren geführt. Zudem sind die Risikomaße natürlich gewissen Definitionen, wenn nicht Manipulationen unterworfen. Sie sind damit intransparent und stellen eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften dar. Zudem ist „Kernkapital“ nicht immer echtes Eigenkapital, sondern kann auch Hybridkapital sein. Basel II verstößt somit gegen das Gebot der Transparenz und Einfachheit, für den Verfasser zusammen mit dem Gebot der Nachhaltigkeit und der Diversität die wichtigsten Prinzipien einer umfassenden Finanzmarktreform.

In der Finanzkrise wurde deutlich, dass die Regelungen von Basel II prozyklisch wirken. In der Krise steigen die Risikozuschläge, in guten Zeiten sinken sie. Eine solche Prozyklizität nutzt dem internationalen Finanzkapital und schadet der Realwirtschaft. Volatilität nutzt zunächst einmal spekulativ und flexibel agierenden Finanzmarktakteuren und schafft realwirtschaftliche Kosten in Form von Kalkulationsunsicherheit und Verwerfungen. Hier ist dringend – auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene – eine Reform anzumahnen.

- *Beispiel Dezentralität:* es steht wohl außer Frage, dass ein dezentrales Finanzsystem stabiler als ein zentrales System ist. Das deutsche kreditorientierte Bankensystem mit Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen war und ist besonders dezentral. Spareinlagen der Region werden nach Möglichkeit in Kredite für die Region umgewandelt.<sup>11</sup> Zudem ist das System von Banken und Sparkassen hoch effektiv: Hannes Rehm weist darauf hin, dass die im internationalen Vergleich niedrige Eigenkapitalrendite (bei ordentlichen Kosten- und Produktivitätskennziffern) ein Hinweis darauf ist, dass

8 Vgl. S. Kapoor: What should the banking system look like?, online unter: <http://re-define.org/future-finance>, 4.8.2010.

9 So Karl-Peter Schackmann-Fallis, Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes auf dem Hermeskeiler Wirtschaftstag der Geschwister-Scholl-Schule in Hermeskeil am 8.6.2009.

10 M. Otte: Eigenkapital ist der Schlüssel zu allem. Max Otte im Gespräch mit Dirk Müller, in: Deutschlandfunk, 8.3.2010, online unter: [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1139025/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1139025/), 4.8.2010.

11 M. Otte: Volks- und Raiffeisenbanken als Stabilitätsfaktor in Wirtschaftskrisen, in: Stabilität und Sicherheit der Genossenschaft für Mitglieder und Kunden, Schwerpunktheft 2/2010 der Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, S. 89-103.

in Deutschland anders als in Spanien, Italien oder England der Wettbewerb im Bankwesen noch funktionierte.<sup>12</sup>

### Eine Bestandsaufnahme der bisherigen Maßnahmen

Der Finanzsektor besteht im Großen und Ganzen aus drei Gruppen von Akteuren, den „normalen“ Banken, die Einlagen annehmen und Kredite vergeben, den Investmentgesellschaften und Kapitalsammelstellen (dazu gehören auch Versicherungen), die Finanzmittel einsammeln und mehr oder sinnvoll anlegen und den Investmentbanken, die Produkte strukturieren und als Finanzingenieure sowie als Makler fungieren. So gesehen sind Investmentbanken weder Banken noch investieren sie.

- *Dezentralität:* In der heißen Phase der Finanzkrise wurden Stimmen laut, dass Großbanken, welche systemrelevant sind und ein erhebliches Erpressungspotential gegenüber der Politik haben, reorganisiert und verkleinert, gegebenenfalls auch zerschlagen werden sollten. „Too big to fail“ sollte es nicht mehr geben. Die Bilanz ist ernüchternd: die Konzentrationstendenzen setzen sich ungebremst fort, J.P. Morgan hat zum Beispiel die Bank of America übernommen, die Deutsche Bank durfte die Postbank kaufen. Statt einer Reduzierung der Macht der Banken sind die Großbanken mächtiger denn je. Auch die Macht des zentralistischen Kartells aus Ratingagenturen, Staaten und großen Finanzmarktakteuren ist ungebrochen.
- *Eigenkapitalregeln – Basel III ist kontraproduktiv und nützt der Spekulationswirtschaft:* Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht wurde nach dem Bankrott des Bankhauses Herstatt im Jahr 1974 gegründet. Hier sind Bankenaufseher der 27 wichtigsten Finanzplätze vertreten. Der Basler Ausschuss verabschiedete die Regulierungspakete Basel I, II und III. Die Umsetzung obliegt nationalen Behörden. Das Maßnahmenpaket Basel II hatte eine stark planwirtschaftlich-bürokratische Komponente: anstatt echtes Eigenkapital vorzuhalten, werden die Banken auf „risikogewichtetes Eigenkapital“ festgelegt mit dem Ergebnis, dass das tatsächlich zurechenbare Eigenkapital viel geringer ist als im Falle einer einfachen Eigenkapitalregel. Damit wurde der planwirtschaftlich-zentralistische Einfluss der Ratingagenturen im System festgeschrieben. Das neueste Maßnahmenbündel – Basel III – will nun neben den Einzelrisiken von Banken auch systemische Risiken berücksichtigen. Das soll durch die Einführung einer so genannten makroprudenziellen Komponente erreicht werden. Nicht nur einzelne Banken, sondern

auch ihre Wechselbeziehungen und damit die Stabilität des Systems sollen untersucht werden. Die ersten Stresstests durch die Europäische Bankenaufsicht sind in diesem Rahmen zu sehen. Nach Basel III sollen Großbanken besonderen Eigenkapitalausstattungen genügen. Die Schweiz hat diese Regeln für ihre beiden Großbanken UBS und Credit Suisse noch einmal verschärft. Auch die anderen Banken sollen ihre Eigenkapitalausstattung in den kommenden Jahren deutlich erhöhen.

Zwei lückenhafte und asymmetrische Aspekte des Pakets von Basel III sorgen aber dafür, dass mit diesem Paket die Realwirtschaft nachhaltig geschädigt und die Spekulationswirtschaft weiter gefördert wird. Zum ersten werden die Maßnahmen von Basel II und III in den USA, die Hauptinitiator waren, nur lückenhaft umgesetzt. Zum zweiten sind noch keinerlei Eigenkapitalregeln für den Schattenbankensektor und seine Akteure beschlossen (Hedgefonds, Private Equity). Durch die erhöhten Eigenkapitalanforderungen werden vor allem kreditgebende Banken und die Realwirtschaft belastet, während der Schattenbankensektor weitermachen kann wie bisher. Das hat den toxischen Effekt, dass noch mehr Geschäft aus dem relativ stabilen regulierten Bankensektor in den unregulierten spekulativen Sektor abwandert.

- *Finanztransaktionssteuer:* Seit Ausbruch der Krise wird immer wieder eine Finanztransaktionssteuer zur Beteiligung der Finanzbranche an den selbst verursachten Kosten und zur Dämpfung der Spekulation gefordert. Die Idee geht auf John Maynard Keynes zurück. Während die Einnahmewirkung der Finanztransaktionssteuer umstritten ist, kann es über die Dämpfung der Spekulation durch eine solche Steuer und die Förderung nachhaltiger Transaktionen keinen Zweifel geben: die Steuer ist direkt proportional zum Produkt aus Kapitalumschlagshäufigkeit und Leverage. Sie ist damit die Spekulationsbremse schlechthin – und zwar in einer marktwirtschaftlich-freiwilligen Form.<sup>13</sup> Dementsprechend wandte die Finanzlobby mit wenigen rühmlichen Ausnahmen (z.B. deutscher Sparkassen- und Giroverband) auch all ihre Überzeugungskraft auf, um eine Finanztransaktionssteuer zu verhindern.

Die technische Umsetzbarkeit ist mit heutigen Mitteln kein Problem. Es ist zwar richtig, dass Deutschland alleine die Steuer wohl nicht umsetzen könnte. Die

<sup>12</sup> H. Rehm, a.a.O.

<sup>13</sup> M. Otte: Finanztransaktionssteuer, speziell: Belastungen von Rieser- und Kleinsparern durch die Finanztransaktionssteuer, Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, Öffentliche Anhörung am 17. Mai 2010, online unter: [http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoeungen/2010/014/Stellungnahmen/25\\_Otte.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a07/anhoeungen/2010/014/Stellungnahmen/25_Otte.pdf)

negativen Erfahrungen Schwedens und die Ausweichreaktionen nach London zeigen dies. Wenn sich aber einige kontinentaleuropäische Länder zusammenschließen, und sich alle Akteure beteiligen, die in diesen Ländern Geschäfte machen (egal, wo das Geschäft stattfand), dürfte die Einführung gelingen und positive Resultate bringen. In dieser Hinsicht ist der Vierergipfel vom 22.6.2012 in Rom eine kleine Sensation: zum ersten Mal erkennen vier Regierungschefs Kontinentaleuropas an, dass eine solche Steuer im Interesse Europas, wenn auch vielleicht nicht Londons oder Washingtons ist.<sup>14</sup>

- *Regulierung von Produkten und Geschäftsmodellen:* mit dem Verbot von ungedeckten Wertpapierverkäufen bzw. Credit Default Swaps hat die Bundesregierung diesbezüglich zumindest symbolisch etwas unternommen.<sup>15</sup> Ansonsten ist, insbesondere bei der Regulierung von Geschäftsmodellen, bislang wenig geschehen.

Die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking die nach dem Glass-Steagall-Act in den USA 1932 erfolgte, und in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts rückabgewickelt wurde, konnte auch nach der Finanzkrise nicht durchgesetzt werden. Als einer der wenigen Regulierungsschritte in dieser Richtung kann die „Volcker-Rule“ gelten, die den Investmentbanken den Eigenhandel mit Kundengeldern verbietet.<sup>16</sup> Auch diese Lösung war nur möglich, weil Paul Volcker sein ganzes, erhebliches Prestige in die Waagschale legte.

Derivate werden weiterhin massiv im Privatkundengeschäft eingesetzt. Derivate eignen sich aufgrund ihrer hohen Komplexität besonders dafür, hohe Gebühren von Privatkunden abzukassieren. Die Forderungen nach einer zentralen Zulassungs- und Regulierungsstelle für Derivate (ähnlich einem TÜV) ist schnell verklungen.

- *Compliance und Aufsicht schädlich für die Realwirtschaft:* Die unzureichende Regulierung von Akteuren (vor allem ausreichendes Eigenkapital für alle Akteure), Produkten (Finanztransaktionssteuer als marktwirtschaftliche Spekulationsbremse, Genehmigungsstel-

le für Derivate, Kopplung von Derivaten an Realwirtschaft, Verbot des Hochfrequenzhandels) und Regionen (City of London, englische Steueroasen, Delaware) führt dazu, dass das Finanzsystem anfällig ist wie eh und je.

Nun sollen besonders strenge Haftungs- und Complianceregeln das System stärken. Anstatt aber das System selber robust und krisenresistent zu gestalten werden Aufsicht, Berichtswesen und Bürokratie verschärft, so dass der Finanzsektor planwirtschaftliche Züge annimmt. Zudem begünstigen die strengen bürokratischen Auflagen zentrale Lösungen und große Akteure, da diese die Ressourcen haben, entsprechende Abteilungen aufzubauen. Problematisch ist, dass zum Beispiel die Fiktion der Gleichwertigkeit aller Kredite unterstellt wird und eine regionale Sparkasse im Prinzip das gleiche Compliance-Instrumentarium anwenden muss wie eine Großbank. So kommt es, dass Mittelstandskredite extremen Regeln unterworfen sind, weil sie im Banksektor stattfinden, während gleichzeitig Hedgefonds und spekulative Finanzmarktakteure außerhalb der Aufsicht oder mit einem Minimum an Aufsicht ihr Unwesen treiben können.

Richtig wäre es, Compliance-Regeln nach Größenordnung und Gefährlichkeit der Finanzinstrumente gestuft zu fordern und bei kleineren, regionalen Instituten den Aufwand zu minimieren – wenn das Haftungskapital stimmt.

- *Verbraucherschutz als Placebo:* ähnlich verhält es sich mit dem verschärften Verbraucherschutz, der allenthalben als Placebo eingeführt wird. Größere Aufklärungspflichten für Bankkunden führen zu extremem Mehraufwand in der Kundenberatung, ohne dass der Kunde in den meisten Fällen einen Nutzen davon hat. Der faire Wert für komplexe Finanzprodukte mit Derivateanteil ist nur für einen verschwindend geringen Bruchteil der Kunden und Bankberater nachzuvollziehen: bei den Kunden sicher unter 1%, bei den Beratern unter 5%. Am Ende einer „Kundenaufklärung“ muss der Kunde dann viele Aufklärungsbögen unterschreiben, die juristische Formulierungen enthalten und die ihn in der Sache wahrscheinlich selten weitergebracht haben. Eine Risikoaufklärung regelt also bestenfalls die Haftungsfrage. Wichtiger wäre es, teure und für das Kundenvermögen schädliche Produkte nicht zuzulassen und bei der Vermögensberatung zu einfachen Prinzipien und Anlageformen zurückzukehren. Es müssen also die Produkte reguliert und Risiken an der Quelle beseitigt werden.

<sup>14</sup> <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/vierergipfel114.html>

<sup>15</sup> M. Otte: Für ein Verbot von Wertpapier-Leerverkäufen bzw. ungedeckten Credit Default Swaps, in: ifo Schnelldienst 63 (13), 15-18, online unter: [http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifo-Home/\\_DocBase\\_root/DocBase\\_intro/\\_Publication\\_Abstract?p\\_item\\_id=14568157&p\\_back=liste](http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifo-Home/_DocBase_root/DocBase_intro/_Publication_Abstract?p_item_id=14568157&p_back=liste)

<sup>16</sup> „Der alte Mann und das mehr“, Interview von Heike Faller und Max Otte mit Paul Volcker, in: Die Zeit, 8.8.2011, online unter: <http://www.zeit.de/2011/32/Wirtschaftskrise-Paul-Volcker>

## Schlussbemerkung

„Mehr als drei Jahre nach Beginn der Diskussion in der G-20 zeigt sich, dass von dieser Gruppe keine wichtigen Impulse zur Krisenprävention zu erwarten sein werden. Das Krisenmanagement bleibt die Stärke der G-20, die Verbesserung der Krisenprävention kommt indessen kaum voran.“<sup>17</sup> Die hemmungslose Herrschaft des Finanzkapitals ist ungebrochen, die bislang umgesetzten Regulierungsmaßnahmen nützen aufgrund ihrer Lückenhaftigkeit der Spekulationswirtschaft eher, als dass sie dieser Grenzen setzen.<sup>18</sup>

Von den richtigen Schritten zum Aufbau eines Finanzsystems – Dezentralität, ausreichendes Eigenkapital für alle Akteure und der Regulierung von Geschäftsmodellen und Produkten sind wir genauso weit entfernt, wie zu Beginn der Krise. Die Inkonsistenzen in der Regulierung nutzen zum Teil eher den bestehenden mächtigen und spekulativen Akteuren, als dass sie Stabilität, Dezentralität und Wettbewerb fördern (aktuelle Ausstattung der Eigenkapitalregeln, Compliance-Vorschriften). Nun bei der Finanztransaktionssteuer gibt es seit dem Vierergipfel in Rom einen kleinen Hoffnungsschimmer. Zum ersten Mal wollen vier europäische Regierungschefs im Notfall im Alleingang Akzente setzen. Dieser Weg könnte die Richtung weisen – die marktwirtschaftlich-sozialen Ökonomien Europas funktionieren anders als die angelsächsischer Länder. Wenn es mit der Finanzmarktregulierung ernst werden soll, muss Europa weiter vorangehen und zwar wahrscheinlich ohne Großbritannien.

17 H. Dieter: Regulierung der Finanzmärkte: Wie erfolgreich sind die Bemühungen auf internationaler Ebene? Anstatt Stillstand: Nationale Alleingänge und mehr Stabilität? Bundeszentrale für politische Bildung, 22.2.2012, online unter: <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/finanzmaerkte/65435/regulierung-der-finanzmaerkte?p=2>.

18 M. Otte: Die hemmungslose Herrschaft des Finanzkapitals, Berliner Republik, 4/2011, online unter <http://www.b-republik.de/archiv/die-hemmungslose-herrschaft-des-finanzkapitals?aut=883>.